

Denkt er an die Zukunft, träumt er nicht

ZUKUNFTSRAT | Robert Unteregger aus Moosseedorf denkt nach, stellt Fragen und bohrt, bis er die Antworten findet. Keine Bedenkzeit brauchte der Philosoph und Gymnasiallehrer hingegen, als er von der Idee eines Zukunftsrats vernahm. Die Absicht, eine dritte Parlamentskammer einzuführen, lässt ihn seither nicht mehr los.

KATRIN NEUENSCHWANDER

Robert Unteregger ist kein Revolutionär. Obwohl er umstürzlerische Ideen wälzt. Immerhin will er direkt in die anstehende Staatsreform eingreifen und zusammen mit Mitstreitern eine dritte Parlamentskammer einführen. «Unser politisches System ist auf kurzfristiges Handeln angelegt. Langfristige Steuerungsaufgaben werden da kaum wahrgenommen, diese Aufgabe fiele dann dem Zukunftsrat zu», bringt der 35jährige die Idee auf den Punkt.

Seelenruhig skizziert der studierte Philosoph und Gymnasiallehrer, wie er sich das effizientere System der Zukunft vorstellt. Ohne dabei in Schwärmerei auszuweifen oder die Gegenwart zu verteufeln: «Ich lebe gerne, doch das hindert mich nicht, an die Zukunft zu denken», sagt er.

Untereggers Wohnung oben im Dachgeschoss eines Mehrfamilienhauses in Moosseedorf vertritt den Denker. Bett, Tisch, Telefon stehen parat, und überall häufen sich Papierstöße, Bücherbeige und Notizen. Wie es sich für eine politische Schaltstelle geziemt; für einen Knotenpunkt, von dem aus die Fäden zu den Sympathisanten der Idee des Zukunftsrats gezogen werden. «Ich höre genau hin, wenn sich andere Leute im Radio oder schriftlich zu ähnlichen Ideen äussern. Dann peile ich diese Leute jeweils mit einem Brief an», erklärt Robert Unteregger seine Arbeitsweise.

«Ich setze mich voll dafür ein»

Meist sitzt Robert Unteregger mutterseelenallein in seiner Stube, denn die anderen Initianten des Zukunftsrats leben verstreut in der Schweiz. Auch nach erfolgter Gründung der Stiftung Zukunftsrat – der Termin ist angesagt, doch die Hälfte der benötigten Geldmittel fehlt noch – wird Untereggers Wohnung Koordinationsstelle bleiben. «Ich will mich für diese Sache die nächsten Jahre voll einsetzen.» Viel Platz für anderes bleibt da kaum, einzig seiner Dissertation in Philosophischer Anthropologie räumt er noch Zeit ein.

Untereggers Interesse an der Entwicklung des Landes wurde ihm nicht in die Wiege gelegt. Er kann sich denn auch nicht erinnern, als Kind auffällig viele Fragen gestellt oder später seine Lehrer mit Wissensdurst in die Enge getrieben zu haben. «Als Philosoph habe ich halt gelernt, selber Fragen zu stellen und mich bis zu einsichtigen Antworten durchzuarbeiten», sagt er.

Trotzdem: Es waren weder intellektuelle Zyklen noch eine diffuse Freude, alles in Frage zu stellen, die Unteregger zu einem politisch agierenden Menschen machten. «Meine teils schmerzlichen Erfahrungen mit Institutionen haben mich dazu angeleitet», sagt er.

Schlüsselerlebnisse sammelte er unter anderem in Ostermundigen, als er 1990 zum Asylkoordinator gewählt worden war. Die praktische Arbeit gefiel ihm ausserordentlich nach den geistigen Höhenflügen an der Universität, und die Zusammenarbeit mit Gemeinde, Bund und Kanton ermöglichte ihm tiefere Einblicke ins politische Strickwerk.

Doch was gut angefangen hatte, sollte böse enden: Robert Unteregger beschloss 1991, den Militärstrafvollzug zu verlassen. «Ich stelle die Existenz der Armeen nicht

grundsätzlich in Frage, sondern kritisiere eine Sicherheitspolitik, die Sicherheit mit militärischer Sicherheit gleichsetzt.» Untereggers Abkehr vom Kriegshandwerk und seine Bemühungen, mündlich und in schriftlichen Arbeiten Richtung Frieden zu denken, bescherten ihm Ungemach. Er musste eine militärisch-staatliche Gewissenprüfung ablegen, «das war wirklich unglaublich, wie das ablief».

«Ich war tief erschüttert»

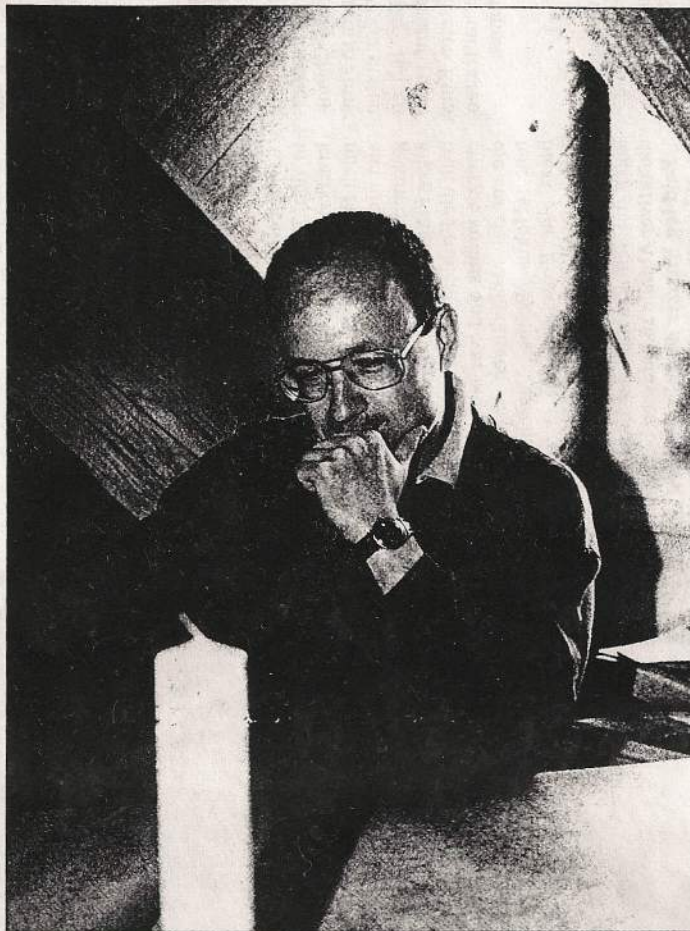
Hinzu kam die Haltung eines Teils der Ostermundiger Behörde: Diese wollte Unteregger während dessen Arbeitsdienst keine Lohnfortzahlung gewähren mit der Begründung, die Dienstverweigerung sei kriminell. Robert Unteregger wählte den Gang ans Bundesgericht und erhielt Recht – doch seine Stelle als Asylkoordinator musste er aufgeben – «da war ich tief erschüttert».

Robert Unteregger benötigte Zeit, sich aufzurappeln. Mit solcher Erfahrung auf dem Buckel begann er nun aber erst recht, Fragen zu stellen und sich mit Sicherheits-, Friedensförderungs- und Militärpolitik auseinanderzusetzen und sich auch in Wirtschaftsbelangen zu orientieren. Sensibilisiert für bürokratische Prozesse, blieb kaum eine Institution von Untereggers Fragen verschont; so untersuchte er unter anderem an der Universität Bern in einer Diplomarbeit unter dem Titel «Warum lernen wir gerade das, was wir lernen?» die Schule. 1995 erwarb er sein Gymnasiallehrerdiplom, «um mir ein weiteres Berufsstandbein» zu sichern.

Einsichten hatte Robert Unteregger unterdessen viele gewonnen, nun galt es, diese zu nutzen. Er überlegte sich, beim Internationalen Roten Kreuz einzuspringen, «doch dessen Praxis, angestelltes Leid erst nach geschlagener Schlacht zu lindern», werfe auch Fragen auf. Heute wäre es leicht möglich, so Unteregger, eine Art Frühwarnsystem für Konflikte einzurichten. Selbst ein kleiner Staat wie die Schweiz könnte diese Aufgabe wahrnehmen, vorausschauend Streitpotential erkennen und entsprechend präventiv reagieren.

«Wer weiss, woher der Wind weht»

Schliesslich war es ein Zufall, nämlich die Radiosendung Doppelpunkt, die Robert Unteregger 1996 auf die Sprünge half. Mit der Sendung über die Idee des Zukunftsrats und dessen Vordenker aus Flüh wagte Robert Unteregger den Sprung nach vorn. Kein lukratives Amtchen und keine bequeme Lebensstelle erwarten ihn beim Unternehmen Zukunftsrat. «Doch ich möchte den Boden für diese Idee ebnen», sagt er. Illusionen macht er sich keine, doch weiss er genau, dass der Weg zur dritten Kammer keine spassige Pfadfindertour wird, immerhin gilt es, eine Volksabstimmung zu gewinnen. Auf ein langes Prozedere hat er sich bereits eingestellt. «Wir müssen heute entscheiden, was morgen geschieht», redet er dem Zukunftsrat das Wort. Durch das Dachfenster zieht eine Brise Landluft, wirbelt ungeniert durch Untereggers brisante Papiere. «Wer weiss, woher der Wind weht», sagt Unteregger und schaut durchs Fenster.



Wer denkt, kommt weiter. Oder: wie Robert Unteregger sich die Zukunft vorstellt. DANIEL ZAUG

Der Zukunftsrat will kein Prophet sein

REFORM | Die Idee eines Zukunftsrats reift, und – wer weiss – vielleicht wird in ein paar Jahren das Volk über die Einführung eines dritten Parlaments entscheiden.

kan. Eigeninteressen müssen sie draussen ablegen, auf ein stattliches Entgelt dürfen sie kaum hoffen, ihr politisches Engagement im Zukunftsrat lässt sich schlecht zwischen Verwaltungsratsmandate zwängen: Die Initianten eines Zukunftsrats haben bereits deutliche Vorstellungen von den Mitgliedern einer dritten Parlamentskammer.

Entscheidend für die richtige Auswahl der Ratsleute ist laut Philosoph Robert Unteregger auch das Wahlverfahren. Alle Kandidierenden müssen anhand eines Katalogs offen und wahrheitsgetreu Angaben zu ihrer Person machen, sollen ihren Energieverbrauch angeben und über ihre Mitgliedschaften und Berufslaufbahnen berichten. Private Wahlkampagnen sind nicht erlaubt, die Behörde muss die Wahl organisieren und beispielsweise allen Kandidierenden dieselbe Redezeit und Sendezeit im Fernsehen und Radio wie auch den gleichen Textumfang in Inserat und Presse einräumen. «Damit schalten wir den Einfluss von Geld und mächtigen Gruppierungen aus», ist Robert Unteregger überzeugt.

Wählen wird das Volk

Sache der Bevölkerung bleibt dann die eigentliche Wahl, «eine Volkswahl gehört nun einmal zur Demokratie», sagt Unteregger. Dass sich vor-

ab hochmotivierte und politisch geschulte Menschen für die Arbeit im Rat interessieren, ist anzunehmen. Dass Leute mit weniger Polit-Erfahrung (Jugendliche) oder bescheidener Schulbildung im Rat trotzdem ihren Platz finden, liess sich organisieren. «Wir möchten ja keinen Elite-Klub aufbauen», ergänzt Unteregger.

Denken ohne Hektik

Kein abgehobenes Gremium also wollen die Initianten schaffen, sondern ein Parlament, das die bestehenden beiden Kammern, National- und Ständerat, entlastet und sich auf längerfristige Themen und die Grundrechte der nachkommenden Generationen konzentriert. Ein Denkforum, das nicht bloss intellektuell agiert, sondern politisch handlungsfähig ist. Prohezeiungen wird der Rat keine machen, vielmehr sind Perspektiven etwa zur Sicherheits- und Energiepolitik oder der Mobilität gefragt.

Die Ratsmitglieder sollen ihre Ideen nicht im stillen Kämmerlein aushecken, sondern in stetem Dialog mit allen Bevölkerungsschichten und den Grundlagen fürs politische Handeln erarbeiten. Sei es in Gesprächen in den Schulen oder aber an Anlässen, wo bestimmte Gruppen mit spezifischen Anliegen eingeladen werden. Der Zukunftsrat hätte

die gleichen gesetzgeberischen Rechte wie das bestehende Parlament.

In Flüh ausgebrütet

Am 7. August 1995 traf sich die Initiantengruppe in Flüh, um der Idee des Zukunftsrats auf die Sprünge zu helfen. Sie verfassten ein Konzept und reichten das sogenannte Modell Flüh im Februar 1996 beim Eidgenössischen Justizdepartement zur Vernehmlassung ein, «wo es seither erwartungsgemäss unbeachtet schlummert», wie die Gruppe konstatiert. Lebhaft war hingegen das Medienecho, das zwischen Anerkennung und Ablehnung pendelte. Aufmerksamkeit wurde auch die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften, die das Konzept als «interessanten, innovativen Beitrag zu den Bemühungen, dem Prinzip der nachhaltigen Entwicklung auf politischer Ebene Geltung zu verschaffen», rühmte.

Vom «Anliegen angesprochen, den Standpunkt zukünftiger Generationen in die gegenwärtige Politik einzubringen», fühlt sich auch Bundesrat Moritz Leuenberger. Allerdings verspricht er sich nicht zuletzt angesichts des Zeitdrucks, der auf den Bundesräten lastet, mehr von einem «zivilen» Zukunftsrat, der ausserhalb der politischen Arbeit im Bundeshaus agiert.